

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Folgen der Bayern-Rebellion.

Rheinische Republik in Aachen. — Dollar 40 Milliarden.

Köln, 21. Oktober. (WIB.) Nach hier eingetroffenen Meldungen ist heute früh in Aachen die Rheinische Republik ausgerufen worden.

Nach den bisherigen, aus dem übrigen Rheinland vorliegenden Nachrichten, so aus Bonn, Trier, Koblenz, Düsseldorf, Schwelmer, Jülich, Stolberg, Düren und Neuf, handelt es sich bei dem Aachener Putsch um ein rein örtliches Unternehmen.

Der Verlauf des Putsches.

Nach weiteren Meldungen erhielt sich bereits seit einigen Tagen in Aachen das hartnäckige Gerücht, daß die Ausrufung der Rheinischen Republik bevorstehe und den Schutz der belgischen Befehlshaberbehörde finde. Die belgische Garnison lag schon seit Tagen in erhöhter Alarmbereitschaft, der Urlaub war gesperrt. Sämtliche führenden Gewerkschaftssekretäre wurden ausgewiesen. Am Sonnabend nachmittag durchführten belgische Truppen die Stadt. Der Putsch selbst erfolgte am Sonntagmorgen um 4 Uhr. Die Zahl der bewaffneten Sonderbündler wird auf 2000 geschätzt. Auf dem Rathaus, dem Regierungsgebäude, der Post und der Reichsbank wurde die grün-weiß-rote Flagge der sogenannten Rheinischen Republik gehißt. Die Polizei, die am Vormittag noch auf den Straßen zu sehen war, zog sich später zurück, und an ihre Stelle traten zahlreiche Leute mit Armbinden an den Hauptpunkten der inneren Stadt, die den Zugang zur Regierung und Post verwehrten. Belgische Panzerautos fuhren durch die Straßen. Das Fernspreckamt arbeitete nicht mehr; weder Orts- noch Ferngespräche wurden hergestellt. Sämtliche Restaurants waren den Tag über geschlossen. Auf dem Polizeipräsidium sah man keine Flagge der Sonderbündler. Überall sind Plakate folgenden Inhaltes angeschlagen: „Rheinländer! Die Rheinische Republik ist da. Jeder Widerstand wird unadäquat unterdrückt. Plünderer und Ruhestörer werden strengstens bestraft. Wir werden für Lebensmittel und Arbeit sorgen. Darum bewahrt Ruhe und Ordnung! Die Bevölkerung sammelt sich vor den Plakaten und geht dann ruhig ihres Weges. Von irgendeiner Wirkung auf die Öffentlichkeit ist bisher nichts zu bemerken. Gerüchtwiese verlautet, daß von Seiten der Arbeiter für morgen der Generalstreik geplant ist.“

Nach offiziellen belgischen und französischen Meldungen steht an der Spitze der Bewegung der Kaufmann Deckers aus Aachen. Er habe der Gruppe Dorian und nachher der Gruppe Smeets angehört. Von der ersteren habe er sich getrennt, aus der letzteren sei er ausgeschlossen worden. Man wisse nicht, ob er mit Matthes zusammenarbeite oder getrennt vorgehe. Man nehme an, daß die Separatisten sich zunächst nach Norden in die belgische Zone wenden würden, sodann wahrscheinlich in die englische und französische Zone. Wenn sich das Pariser „Journal“ unter dem 22. Oktober 1 Uhr morgens aus Aachen melden läßt, daß auch Koblenz, Wiesbaden, Montjoie, die Eifel bis zum Ahrthal, München-Gladbach, Erfttal und im allgemeinen die ganze belgische Zone in der Hand der provisorischen Aachener Regierung seien und daß der „Fall“ von Erefeld und Düsseldorf kurz bevorstehe, so handelt es sich hierbei aller Wahrscheinlichkeit nach um Ausschneidereien der Sonderbündler. Bestätigt ist diese Meldung hierher zweifellos nicht.

Ueber die Beziehungen des Herrn Deckers sind Zweifel nicht möglich. Er hatte nichts Eiligeres zu tun, als sich von französischen Journalisten interviewen zu lassen. Es ist nur zu durchsichtig, wenn er diesen Vertretern Frankreichs erklärt, die Separatisten wollten Deutsche bleiben und lieber ihr Blut vergießen, als von einem fremden Staat annektiert zu werden. Dazu paßt wie die Faust aufs Auge, wenn er den Vertretern Frankreichs gleich darauf versichert, er habe es nicht verstanden, sich bereits am Sonnabend mit dem belgischen Militärbevollmächtigten ins Benehmen zu setzen. Noch deutlicher wird er, wenn er sagt: Unsere Aktion zielt vor allem darauf hin, Freundschaft mit Frankreich, Belgien und Holland zu stellen. Strahburg bezahle seine Steuern nach Paris, Lüttich die seinen nach Brüssel und Aachen wird seine nach Koblenz bezahlen, das die Hauptstadt der Rheinlande sein wird. Koblenz ist heute bekanntlich weniger Hauptstadt der Rheinlande als die Unteralliierten Kommission von Frankreichs Gnaden. Nichts ist so bezeichnend, als wenn in der französischen Presse zu gleicher Zeit mit den Meldungen über den Separatistenputsch in anderen Interviews mit anderen Separatistenführern erscheinen, in denen berichtet wird, die Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen sind nur scheinbar, in aller nächster Zeit bereits sei eine Einigung zu erwarten.

Köln, 22. Oktober. (WIB.) Nach hier eingegangenen Nachrichten haben in der vergangenen Nacht in Rheydt und Aachen große Menschenansammlungen stattgefunden, mit dem Versuch, die Rheinische Republik auszurufen; ebenso in München-Gladbach. Die Lage ist überall unruherregend, die Menschenansammlungen dauern an. In München-Gladbach hat die Polizei die Gewalt und die Gebäude noch fest in der Hand. In Koblenz finden Verhandlungen zwischen der Masse und dem Oberbürgermeister wegen der Ausrufung der Rheinischen Republik statt. Der Oberbürgermeister hat erklärt, daß er nur eine deutsche Regierung anerkennen könne und nur der Gewalt weichen werde. In Aachen haben die Sonderbündler von der Feuerwache unter Vorhaltung von Revolvern ein Auto requiriert.

Paris, 22. Oktober. (WIB.) Die Agentur Havas verbreitet folgende Meldung aus Mainz: Separatisten drängen um 4 Uhr 30 Min. in die Stadt ein. Sie wurden mit Schüssen empfangen und zogen sich zurück, um weitere Befehle abzuwarten.

Die Vorgänge in Aachen sind, wenn sie auch für den Augenblick auf den Entstehungsort beschränkt zu sein scheinen, ein Warnungssignal. Es kann nicht lange gewartet werden, es geht in diesen Tagen ganz einfach um alles! Und alles wird verloren sein, wenn die republikanisch und reichstreu gesinnten Massen bei der Reichsregierung nicht den Mut zum Entschluß zu sehen vermögen.

Ueber die Stellungnahme der Kommunisten, die meinen, daß dem deutschen Proletariat zu seinem Glück nichts anderes fehle als ein Generalstreik, braucht Menschen, die noch nicht den Verstand verloren haben, nichts gesagt zu werden. Der Streik ist eine Waffe, deren Anwendung sorgfältig erwogen werden muß, die im richtigen Augenblick in der richtigen Weise eingesetzt werden muß. In diesem Augenblick, ohne genauere Ueberlegung, nur in der Absicht, daß noch mehr als bisher alles drunter und drüber gehen sollte, zum Generalstreik zu rufen, ist Generalunsinn!

Bayerns Abfall.

Berichte der heutigen Morgenpresse, die wir für richtig zu halten Grund haben, lassen das Ergebnis der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts als wenig befriedigend erscheinen. Namentlich scheinen es die Minister Dr. Brauns und Dr. Buhler zu sein, die darauf ausgehen, jede Aktivität in der bayerischen Frage zu lähmen.

Die Ausrufung der Rheinrepublik in Aachen ist eine Reflexwirkung der bayerischen Vorgänge. Der Zusammenhang ist offenbar, ob er von Bayern her gewollt ist oder nicht. Jedermann muß heute einsehen, daß der Rhein jetzt nur an der Donau zu verteidigen ist. Zerfällt das unbesetzte Deutschland, so ist damit auch das Schicksal des besetzten Gebiets für absehbare Zeit entschieden.

Darum ist es notwendig, zur Wiederherstellung der schwer bedrohten Reichseinheit ein Höchstmaß von Energie zu entfalten. Gegen die Einderufung des Reichsrats wäre nichts einzuwenden, wenn die Reichsregierung entschlossen wäre, dort die Führung zu übernehmen. Ist sie aber das? Und wenn sie es nicht ist, wenn im Zentrum der Politik keine Kraft vorhanden ist, um die auseinanderfallenden Teile straff zusammenzuhalten, wie lange dauert es dann noch, bis man wird schreiben können: Finis Germaniae!

Gewalttätige Auseinandersetzungen will jeder Besonnene vermeiden, solange es nur irgend geht. Aber der Begriff der politischen Energie ist nicht auf den Waffengebrauch beschränkt. Es gibt auch andere wirksame Mittel, um Herrn v. Aahr begreiflich zu machen, daß es ihm nicht erlaubt ist, einen Teil des Ganzen vom Reich zu trennen oder sich als Herrscher ganz Deutschlands aufzuspielen.

Die Rechtspresse vertritt mit bemerkenswerter Kühnheit den Standpunkt, Einigkeit und Einheit seien nur dadurch herzustellen, daß auch im Reich eine Regierung eingesetzt werde, die in ihrer Zusammensetzung und ihren Auffassungen der bayerischen entspreche. Es ist ein sehr angenehmer Zustand von Reichseinheit, der dadurch geschaffen werden soll, daß ein Land nur mit seinem Abfall zu drohen braucht, um dadurch die Vorherrschaft über das ganze Reich zu gewinnen.

Richtig ist an diesem Gedanken nur, daß die Deutsche Republik und ein Bayern, wie es in diesem Augenblick aussieht, nicht miteinander bestehen können. In kürzester Zeit muß sich erweisen, welcher von den beiden Töpseln, die da zusammenstoßen, der irdene und welcher der eiserne ist. Einsehen steht die Partei so, daß Bayern überhaupt keine Rücksicht auf das Reich kennt, während das Reich aus lauter Rücksichten auf Bayern zusammengesetzt scheint.

Der gestrige Aufruf der Reichsregierung und der Befehl Seecks waren fest und würdig. Es wird ihnen aber keinerlei Erfolg beschieden sein, wenn nicht auf dieser Linie auch weitergegangen wird. Es muß der Reichsregierung gelingen, das Vertrauen in ihre Kraft und Entschlossenheit zu festigen, das Vertrauen zur Kraft der bayerischen Rebellen gegen das Reich zu erschüttern, dann wird sie das Spiel gewinnen, anders aber nicht.

Brauns als Mittler.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der am Freitag in besonderem Auftrage des Reichskanzlers nach München geschickt war, um noch im letzten Augenblick eine Verständigung zu versuchen, ist am Sonntag wieder in Berlin eingetroffen und hat an der eisdald einberufenen Sitzung des Reichskabinetts teilgenommen.

Das Ergebnis dieser Kabinettsitzung ist eine offizielle Mitteilung, wonach eine „stabile Entspannung“ in dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich eingetreten sei und eine Neuverteilung der Truppen der bayerischen Division weder stattgefunden habe noch geplant sei. In einer Sitzung des

Reichsrats sollen die „gegenwärtigen Auffassungen zwischen Bayern und dem Reich“ erörtert und ein Ausgleich gesucht werden. Der bayerische Gesandte v. Preger hat am Sonntagvormittag bei dem Reichskanzler vorgesprochen und erklärt, die bayerische Regierung habe keineswegs die Absicht, einen Konflikt mit dem Reich herbeizuführen. Sie glaube vielmehr, im Rahmen der Reichsverfassung gehandelt zu haben.

Inzwischen melbet heute ein Telegramm der „Telegraphen-Union“ aus München, daß die neue Verteidigung der bayerischen Division auf den bayerischen Staat im Gegensatz zu der von Dr. Brauns mitgebrachten Versicherung, heute früh festgestellt habe. Während man in Berlin also pariert und „erörtert“, beilehen sich die Reaktionen in Bayern zu handeln und sich das Nachinstrument zu sichern, das ihnen am gelingsten erscheint.

Die Reichsregierung überseht, augenscheinlich unter dem starken bürgerlichen Einfluß, daß sie selbst den Reichswehrminister als den Inhaber der vollziehenden Gewalt in Deutschland eingesetzt hat und daß sie deshalb um der Reichsautorität willen mit den Beuten nicht mehr verhandeln darf, die einen meuternden General in ihre hochverräterischen Dienste nehmen und den offenen Abfall vom Reich mit heuchlerischen Redensarten zu verbrämen suchen.

In einer öffentlichen Versammlung des Republikanischen Reichsbundes, die gestern in Berlin stattfand, ist die Reichsregierung aufgefordert worden, mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln gegen Bayern einzuschreiten und alle Republikaner zur Unterstützung der Reichswehr aufzurufen. Diese Aufforderung fand in der Versammlung stürmischen Beifall. Sie würde in weiten Kreisen des Volkes noch größeren Widerhall finden, falls die Reichsregierung sich dazu aufraffen könnte.

Wenn eines etwa noch bestehende Zweifel an ihrer Aufgabe beseitigen könnte, so wäre es eine hanebüchene „Versautbarung“ der Deutschnationalen Partei, die unter dem Titel „Wer trägt die Schuld?“ ganz offen die Meuterei des Generals Seeck billigt und erklärt, es sei die Reichsregierung, die den Konflikt heraufbeschwöre, bei dem die Mehrheit des Volkes nicht hinter ihr stehe, und in der die Regierung als „der regierende Parteiausgang der Großen Koalition“ bezeichnet wird. Diese deutschnationale Erklärung, die ebenfalls durch die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ verbreitet wird, schließt mit der offenen Ankündigung der Rechtsdiktatur:

„Die Reichswehr, das letzte, alle Deutschen einigende Band, die letzte Bürgschaft gegen Umsturz und Souveränität, muß gesichert bleiben. Die Folgen können nur vermieden werden, wenn jede Parteiregierung von nun an unmöglich ist. Wir können dabei nicht unterlassen, auf die politische Zugehörigkeit des Herrn Reichspräsidenten hinzuweisen, in dessen Auftrag die militärische oberste Kommandostelle politische Verfügungen erläßt und behandelt hat. Dieses Parteiregiment, dessen Weg Versailles-London-Kuhr heißt, ist unerkennbar denn je. Das deutsche Volk verlangt, seine Befehle neuen Männern anzuvertrauen, die unbefleckt sind von Parteidoktrinen und Parteidogmen, neuen Männern, deren wirtschaftliche, finanzielle und verwaltungspraktische Fähigkeiten und Erfahrungen, deren Energie und Rücksichtslosigkeit und Zivilcourage es Vertrauen entgegenbringt. Staatsmännische Pflicht derer, die heute noch auf den Ministerstühlen sitzen, aber ist es, den Mut zum Rücktritt aufzubringen und solchen Männern — Namen sind oft genug bereits genannt worden — Raum zu geben, die jenseitig und mit fester Hand unser gequältes Reich und Volk den Weg zur Einigkeit und Rettung weisen.“

Es ist befremdend, daß die Deutschnationalen der Regierung Stresemann jede Zivilcourage absprechen, und daß selber dieser Auffassung auch in gut republikanischen Kreisen nicht mit voller Ueberzeugung widersprochen werden kann. Gegen die separatistischen Banden in Rheinland kann die Reichsregierung angesichts der belgisch-französischen Befähigung nicht mit der Energie eingreifen, die erforderlich wäre. Aber daß sie in Bayern die offene Erklärung der Absonderung lediglich mit „Erörterungen im Reichsrat“ beantworten will, ist ein Zeichen von Schwäche der Exekutivkraft, das kaum noch zu übersehen ist. Die Reichswehr arbeitet derweil in Sachsen und zieht anderweitig reaktionäre Kräfte als Hilfsgruppen ein. Die bayerische Volkspartei-Korrespondenz aber versichert hochschmend, es sei „für das bayerische Empfinden schwer beleidigend“, wenn man den Fall Loffen mit den Ereignissen in Sachsen überhaupt in Verbindung bringe und den angeblich „bolshewistischen Aufbruch“ mit der „Ordnungspolitik in Bayern“ gleichstelle. Aber auch diese Korrespondenz gibt offen zu, daß die bayerischen Rühr-Kreise den Kampf gegen die Reichsverfassung aufgenommen haben. Einen solchen Kampf, der mit Eid- und Verfassungsbruch beginnt, nennt man im deutschen und anderen Recht Hochverrat. Gegen den Hochverrat aber helfen nicht Erörterungen und Verhandlungen, sondern nur festes Zupacken. Kann sich die Regierung Stresemann dazu nicht aufraffen, so wird sie bald genug am Ende ihres Daseins stehen. Der Dollarkurs von annähernd 50 Milliarden zeigt mehr als alle Zeitungsartikel an, was man im Innere und Aeußere von den deutschen Zuständen hält.

Berliner Bezirksparteitag.

Der Berliner Bezirksparteitag wurde gestern, am 21. Oktober, nachdem er seit dem 9. September in Abständen von je zwei Wochen an vier Sonntagen beraten hatte, beendet. Es wurden die Vorstands wahl sowie die Anträge, die auf die politische Schreibweise des „Vorwärts“ Bezug nahmen, erledigt. Zu einer Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichts kam es dagegen nicht. Eine Reihe von Anträgen wurden dem Vorstand bzw. der Treuekommission zur Erledigung überwiesen. Die Diskussion über die Haltung des „Vorwärts“ wurde mit einer politischen Aussprache verbunden, in der auch Genosse Saenger aus München zu Worte kam.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte, in der festgestellt wurde, daß die Kreise das Recht hätten, andere Delegierte zum Bezirkstag zu bestimmen, als am ersten Tage daran teilgenommen hätten, wurden Anträge mehrerer Kreise und Abteilungen, den alten Vorstand zu bekräftigen, unter dem Beifall eines Teiles der Delegierten und der Tribünen abgelehnt. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender: Franz Rünfler. Es hatten Stimmen erhalten: Rünfler 263, Schlegel 157.

2. Vorsitzender: Karl Lisse. Es hatten Stimmen erhalten: Lisse 225, Bernhard Krüger 106, Otto Frank 73, Wuschel 15, Groger 4, Schlegel 8.

3. Vorsitzender: Georg Maderholz. Es hatten Stimmen erhalten: Maderholz 223, Bernhard Krüger 142, Heilig 69, Böller 6, Otto Frank 1.

Erster Schriftführer: Erik Koch. Es hatten Stimmen erhalten: Umlauf 189, Koch 199, Georg Richter 32. Die Stichwahl zwischen Umlauf und Koch ergab für Koch 248, für Umlauf 191 Stimmen.

Zweiter Schriftführer: Heinrich Umlauf mit 240 Stimmen, außerdem erhielt Adolf Hoffmann jun. 198 Stimmen.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Mathilde Wurm mit 302, Wilhelm Thurnau mit 270 und Georg Richter mit 251 Stimmen. Außerdem hatten erhalten: Hedwig Wacheneim 133, Otto Schlemmer 85 und Georg Wendt 31 Stimmen, der Rest war auf die übrigen Kandidaten zerstückelt.

Als Revisoren wurden gewählt: August Sellin, Max Fechner, Ernst Linde, Julius Sänide, Hermann Kunze und Hans Wolf.

Als Mitglieder der Preßekommission wurden neu bestätigt: Ziemling für Jochenhof, Dr. Herz für Spandau, Alexander Bundgren für Charlottenburg, Ernst Willenberg für den 11. Kreis und Wigte für den 17. Kreis.

Zur Begründung der über den „Vorwärts“

gedruckten und gestellten Anträge erhielt Otto Meier das Wort:

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan und das Organ der Berliner Genossen, steht heute mehr denn je im Brennpunkt der Parteikritik. Das ist der Fall auch bei allen anderen Blättern in der Provinz. Aber in Berlin hat sich die Kritik gegen das Zentralorgan besonders heftig ausgeweitet. Das ist erklärlich, wenn man die wirtschaftliche und politische Lage in Frage zieht. Es ist erklärlich bei der eigentümlichen Stellung des „Vorwärts“ als Zentralorgan. Die Kritik, die hier geübt wird, ist keine Kritik an der Person irgendeines Redakteurs, sondern eine Kritik an der Haltung, der Parteilichkeit. Den meisten Widerspruch hat der „Vorwärts“, d. h. die Parteilichkeit, wegen der Politik des Kabinetts Cuno gegenüber erfahren. Als letzterzeit die Franzosen das Ruhrgebiet besetzten, schrieb der „Vorwärts“, nach meiner Auffassung mit Recht, daß wir nicht das Vertrauen hätten, daß Kräfte der bürgerlichen Welt diese Gefahren zu bannen vermögen. Nur die Aktion der Arbeiterschaft kann die Brücke zur Verständigung bauen. Als der passive Widerstand verkündet wurde, war es für die Mehrheit der Genossen keine Frage, ob der passive Widerstand überhaupt berechtigt sei, ob er unbegrenzt fortgesetzt werden soll. Und hatte der „Vorwärts“ zuerst darauf hingewiesen, daß unter allen Umständen Wege zur Verständigung gesucht werden müßten, so hat er diese Haltung in den folgenden acht Monaten nur allzu sehr vermissen lassen. Der Redner erwähnt zur Bestätigung dieser Ansicht den Leitartikel des Genossen Stämpfer vom 1. August d. J., der mehr als bisher die Partei zum Durchhalten aufforderte und in dem darauf hingewiesen wurde, daß der Gedanke der Kapitulation in den Massen, die nichts mehr zu essen hätten, lebendig werden könne, aber die Kapitulation bringe kein Brot, sie könne die Lage nicht verbessern (Sehr richtig und Widerspruch). Es kommt nicht darauf an, daß wir jetzt kein Brot haben, daß das eingetroffen ist, was Genosse Stämpfer vorausgesehen hat, es kommt darauf an, daß dem deutschen Volk ungeheure Summen erspart geblieben wären, wenn man die Kapitulation früher beschloffen hätte. Insofern hat der Ruhrkrieg eine verheerende Bedeutung mit dem Weltkrieg gehabt. Er ist bis zum Weisesten fortgeführt worden, bis wir jetzt in diese Katastrophe hineingekommen sind, aus der es aller Wahrscheinlichkeit nach zum nächsten Winter keinen Ausweg gibt. Der „Vorwärts“ und mit ihm die Parteilichkeit waren in den verflochtenen Monaten der irrationalen Auffassung, daß uns die Hilfe von England kommen könnte. Das haben wir in bandwurmartigen Artikeln im „Vorwärts“ lesen können. Der größte Teil der Opposition gegen den „Vorwärts“ ist hier in Berlin durch etwas anderes entstanden: Es wurde in der Öffentlichkeit bekannt, daß die aktive Sabotage im Ruhrgebiet nicht von einzelnen Leuten ausging, die sich zusammengedrückt hatten, sondern daß auch verantwortliche Regierungsstellen hinter ihr standen. Cuno, der den Weg nach Amerika gefunden hat, ist dafür in erster Linie verantwortlich zu machen. Es war die Pflicht der Sozialdemokratie, offen gegen diese Regierungsstellen aufzutreten. Ein Verstoß hätte nichts, da die französischen Behörden einer Reihe von Saboteuren den Prozeß gemacht haben, bei denen man belastendes Material fand. Wir schlugen Poincaré das beste Argument aus der Hand, wenn wir gegen solche Saboteure auftraten. Es ist damals so oft gesagt worden, was soll denn nach der Regierung Cuno kommen, und zwar hauptsächlich von denen, die glaubten, daß hinter Cuno die Rechtsdiktatur oder die große Koalition kommen würde. Ich weiß, daß es in der Partei Leute gibt, die sich viel zugute halten auf ihr vaterländisches Empfinden und gerade deshalb diese Frage aufwarfen. Man hatte das Gefühl, daß der „Vorwärts“ mit der Fortsetzung des passiven Widerstandes bis ins Achgraue einverstanden war.

Die deutsche Regierung hat verschiedentlich feierlich verkündet, daß sie an die Entente 22 Milliarden 440 Millionen Goldmark an Reparationen gezahlt hätte. Die Reparationskommission hat dagegen festgestellt, daß nur 7 Milliarden 927 Millionen in Gold und Sachwerten bezahlt seien. Ich will nicht behaupten, daß diese letzte Summe absolut richtig ist, aber ich bedauere, daß nach keine Zahlung auf diesen Widerspruch eingegangen ist und daß gerade der „Vorwärts“ das nicht getan hat. (Stämpfer ruft: „Das haben wir doch schon gesagt“). Es ist in Berlin auf das peinlichste empfunden worden, daß im „Vorwärts“ die Stimme der Opposition zu dem Zeitpunkt gekommen ist. Die Einstellung des „Vorwärts“ zur Koalition hat die Zustimmung vergrößert. Ich weiß, daß der Genosse Stämpfer oft darauf hingewiesen hat, daß der „Vorwärts“ als das Zentralorgan sich einstellen muß auf die große vaterländische Liebe der Partei und daß er nicht so, wie er es nämlich Rücksicht nehmen konnte auf die Stimmung innerhalb der Partei. Ich bin aber der Auffassung, daß der Streit in Berlin nicht so hart wäre, wenn wir in Berlin ein eigenes Organ hätten. Trotzdem hätte man im Zentralorgan etwas mehr Rücksicht auf die Stimmung der Berliner Genossen nehmen können. Genosse Stämpfer hat in der Preßekommission darauf hingewiesen, daß er

u. a. den Genossen Crispian das Wort zur Koalitionsfrage gegeben habe. Aber er hat hinzugefügt, daß er ihm nur das Wort gestattet hätte, weil Genosse Crispian mit Genossen Wels zusammen Vorsitzender der Partei ist. Wir verlangen, daß einer, wenn er etwas zu sagen hat, auch zu Worte kommt, ohne Parteivorsitzender zu sein. Meine Kreise in der Partei glauben, daß der Kampf gegen die Reaktion nicht stark genug gewesen ist. In der Frage, ob man diese Dinge nicht unter der Oberfläche führen soll, kam es bedauerlicherweise zum Konflikt Zeigner-Gehler, der zu einem Konflikt zwischen Zeigner und der Parteilichkeit gestempelt wurde. Diese Ausführungen sollen keine Kritik an den Ausführungen des Genossen Severing sein, aber es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Methode, rücksichtslos auszusprechen was ist, die beste war. Jetzt, wo es beinahe zu spät ist, findet der „Vorwärts“ den Mut, über die schwarze Reichswehr zu schreiben. (Zwischenrufe: Das macht er immer so!) Ich erblicke auch darin eine Unterlassungssünde und ich glaube, wir hätten uns auch in allen anderen Fragen den Bürgerlichen gegenüber mehr durchsetzen können, auch im Kabinett, wenn wir nicht immer wieder Rücksicht genommen hätte, nur um des guten Willens wegen.

Als die Koalition in die Brüche ging, hat der „Vorwärts“ geschrieben, daß die Kreise recht behalten hätten, die die große Koalition als ein unglückliches Experiment bezeichneten. Um so größer ist der Unwille der Genossen nicht nur in Berlin gewesen, als nach jenem mißglückten Experiment der Versuch wiederum gemacht wurde; vor allem wegen der Bedingungen. Der „Vorwärts“ hat gesagt, die Deutsche Volkspartei hätte vor uns kapituliert. Ich glaube umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ich habe es nicht verstehen können, daß man das Finanzministerium preisgegeben hat, um es mit Dr. Luther zu besetzen. Es ist schon ein Rückzug, überhaupt über den Reichstagsentwurf in der Gegenwart zu diskutieren. Das Ermächtigungsgesetz ist für unsere Partei ein Rückzug sondersgleich.

Das gesamte öffentliche und politische Leben steht unter der Diktatur der Generale, die sich nachgerade zum Standal auswächst. Sie wirkt sich in der Hauptsache gegen links aus, gegen das sozialistische Sachsen, gegen die Regierung Zeigner. Daher haben wir Proteste aus allen Teilen des Reiches jetzt gehört, und auch der „Vorwärts“ hat nunmehr gegen den Ausnahmezustand geschrieben, wenn auch mit allerlei Vorbehalten gegen die sozialistisch-kommunistische Koalition in Sachsen. Zur lächerlichen Lage hat der „Vorwärts“ lediglich eine Notiz gebracht: „Entspannung in Sachsen“, und in dieser Notiz ist nicht die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes verlangt worden. Wir müssen heute wieder neu die Forderung auf die Aufhebung des Belagerungszustandes erheben. Das „Berliner Tageblatt“ hat vor einiger Zeit behauptet, daß sich der Reichspräsident Genosse Oberthüring vor die Person des Reichswehrministers gestellt habe. Der „Vorwärts“ hat bisher nicht klipp und klar erklärt, daß das nicht wahr ist.

Sicherlich sind die jetzigen Zeiten für die Partei sehr schwer, aber ich glaube doch, daß die ganze Politik der letzten vier Jahre nur mit ihren Erfolgen einschuldigt werden könnte. Wo ist der Erfolg geblieben? Und darum ist es unsere Pflicht, den Massen klipp und klar zu sagen, was ist und sie vorzubereiten auf das, was unmittelbar bevorsteht. Die einzige politische Frage ist im Augenblick die: „Wie können wir das Volk mitmachen?“ Wir können es nicht, und die anderen wollen es nicht aus politischen Gründen. Und so finde ich, daß das militärische Vordringen Bayerns und das wirtschaftliche Vordringen der Kreise Sinnes auf einer Linie stehen: Die Entmündigung der Kontingentsrevolution. Aus der Tatsache, daß das Brot morgen 2 1/2 Mark kosten könnte, fürchte ich, daß Zustände eintreten müssen, zu der die Partei konsequente Stellung nehmen muß, und daher ist der Wunsch, daß endlich die Stimme der Parteigenossenschaft und namentlich der Berliner Genossenschaft zur Geltung kommt, nicht unbedeutend. Wenn die politische Redaktion des „Vorwärts“ nicht in der Lage ist, dem zu entsprechen, so ist es besser, wenn sie ihren Dienst quittiert.

Genosse Stämpfer:

Meier hat recht, wenn er sagt, daß die Redaktionsführung des „Vorwärts“, die hier unter Anführung gestellt ist, sich nicht trennen läßt von der Politik der Gesamtpartei. Als vor acht Wochen der Berliner Bezirkstag zum ersten Male zusammenkam, fragten wir über die schlechten Zeiten und sprachen davon, wie man es besser machen könnte. Seitdem sind die Zeiten noch schlechter geworden, die Nahrungsstrafe hat sich zur Wirtschaftskrise gesteigert, an Stelle einer guten Beschäftigung bei schlechten Löhnen ist die Arbeitslosigkeit getreten mit ihren zerrütenden Folgen. Das Volk hungert bei vollen Scheunen, und während sich Deutschland in Todeskrämpfen windet, liegt die kalte Hand des Würstlers mit unverminderter Wucht auf ihm. Der Imperialismus Frankreichs hat sich sein Vernichtungsgesetz gesetzt und läßt von ihm nicht ab. In Frankreich aber ist keine Macht, die dem entgegentritt. Das Unglück, in dem wir uns befinden, hat auch seine psychologische Auswirkung. Unglück macht ungerecht. Nur Philosophen bringen es fertig, im Unglück auch gerecht zu bleiben. Die meisten Menschen werden durch Elend und Not reizbar und verbittert. Darum ist auch ganz

Deutschland ein Herd der Zerfurchung

geworden. Ueberall regen sich die Kräfte der Selbstzerfurchung. Die Glieder erheben sich gegen das Ganze, Bayern empört sich gegen das Reich, Koalitionen entstehen und drohen im Streit gleich wieder auseinanderzufallen. Dieser zerfurchende Streit setzt sich fort in die einzelnen Parteien, keine ist ganz von ihm verschont geblieben. Da ist es wahrlich kein Wunder, wenn die große Volkspartei Deutschlands, die Sozialdemokratie, in diese tragische Entwicklung hineingezogen wird, wenn in ihr heftige Meinungskämpfe toben, in deren Mittelpunkt, wie es immer der Fall war, das Zentralorgan, der „Vorwärts“, steht. Für mich wäre es unerträglich, wenn einer im Saale wäre, der annähme, daß ich hier stände, um für meine Stellung zu kämpfen. Das wäre eine Erbärmlichkeit. Jetzt kommt es auf einen Mann mehr oder weniger nicht an. Ich stehe hier einfach als ein Soldat der Partei, der den Befehl bekommen hat, zu marschieren, der auf Posten steht und der auf diesem Posten seine Pflicht tut, bis die Partei ihn abberuft. Da kommen wir aber gleich zu einer Schwärzerei. Ueber die Zusammenlegung der „Vorwärts“-Redaktion entscheiden zwei Instanzen: der Parteivorstand und die Preßekommission. Ich habe sieben Jahre lang mit einer halbjährigen Unterbrechung mit diesen Instanzen harmonisch zusammengewirkt. Die Berliner Organisation marschierte im allgemeinen auf der Linie der Gesamtpartei, obwohl das auch nicht immer ganz leicht war. Wir hatten manche Belastungsprobe.

Über wir hielten nach außen hin wie Pech und Schwefel zusammen.

Und das hat uns über die schwersten Zeiten hinweggeholfen. So war es, so lange Parteivorstand und Preßekommission einig waren, und das war der Fall bis zu dieser Minute. Wenn aber einmal Preßekommission und Parteivorstand verschiedener Meinung sind, was dann? Dann gilt für die Redaktion das Bibelwort: Niemand kann zweien Herren dienen. Nach dem Statut entscheidet dann die Kontrollkommission. Aber wenn sich die Meinungen erheben, wie in der letzten Zeit, wird man sich bei der Entscheidung der Kontrollkommission nicht beruhigen und man wird dann zu einem neuen „Vorwärts“-Konflikt kommen. Der „Vorwärts“-Konflikt 1905 führte uns zum ersten Male bis nahe an die Spaltung und der zweite im Jahre 1916 hat tatsächlich zur Parteilichkeit geführt. Es werden es mir nachfühlen, daß ich einen dritten „Vorwärts“-Konflikt nicht zu erleben wünsche. Wie war es beim ersten Konflikt?

Damals kämpften in der Partei Radikale und Revisionisten miteinander um Dinge, die uns heute sehr gleichgültig zu sein scheinen. Die Redaktion unter Führung Kurt Eisners stand in der Mitte. Sie war weder radikal noch revisionistisch eingeschwenkt. Das paßte der Berliner Organisation nicht, sie wollte eine radikale Redaktion. Den heftigsten Kampf gegen den „Vorwärts“ führte die „Leipziger Volkszeitung“, in der damals zu lesen war, daß der „Vorwärts“ längst aufgehört habe, das prinzipiellste Rückgrat der Partei und die scharfe geistige Waffe des Proletariats zu sein. Wer hat das geschrieben? Das war der damalige Genosse Benisch, der jetzige Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“. (Lebhafte Zwischenrufe: hört, hört!) Und gegen wen war das geschrieben? Das war geschrieben gegen Kurt Eisner, der (schwer getroffen durch die Entscheidung der Berliner seine Vaterstadt Berlin verließ, nach Bayern ging und dort sein Leben für die Revolution opferte. (Unruhe.) Dann kam 1916 der zweite „Vorwärts“-Konflikt. Damals stand die Redaktion auf Seiten der Berliner gegen den Parteivorstand, der Parteivorstand versuchte vergeblich, die Meinung der Gesamtpartei im „Vorwärts“ gebührend zum Ausdruck zu bringen. Damals machte ich den Vorschlag, das Blatt zu teilen, ein Blatt für die Berliner Genossen und ein Blatt für den Parteivorstand zu schaffen. Ich hielt das für das einzige Mittel, um über die Spaltung hinwegzukommen. Der Parteivorstand schloß sich dem an. Die Berliner lehnten den Vorschlag ab und veräumelten eine Gelegenheit. Seit vielen Jahren habe ich die Ueberzeugung vertreten, daß das ewig unge löste „Vorwärts“-Problem nur im Sinne jenes Vorschlages gelöst werden kann. Es gibt keinen im Saal, der die Kräfte, die der „Vorwärts“ als Arbeiterblatt hat, mehr empfände als ich. Als Zentralorgan muß der „Vorwärts“ über eine ganze Menge von Dingen ausführlich berichten, die den einfachen Mann in der Werkstatt in solcher Ausführlichkeit nicht interessieren. Er muß nicht nur zu den Berliner Arbeitern sprechen, sondern auch zur Regierung, zu den Parteien des Inlandes, zum Ausland, kurz zur ganzen politischen Welt. Da ist es mitunter notwendig, eine Sprache zu führen, die dem Arbeiter nicht ohne weiteres verständlich ist. Es wäre mir lieber, wenn eine derbere Sprache geführt werden könnte, aber wenn man das tut, so erleidet man von den allerersten Seiten Hemmungen, und die sind in der Meinung der Dinge sehr wohl begründet. In einem Falle will ich Ihnen das zu erklären versuchen, weil Genosse Meier davon gesprochen hat. Er hat es anerkannt, daß sich der „Vorwärts“ entschlossen hat, über die schwarze Reichswehr zu schreiben. Als ich aber am Abend danach an meinem Schreibtisch saß, da wurde mir ein Telefonat aus Dresden gebracht, in dem es hieß, der Ministerpräsident Genosse Zeigner bittet die Presse,

keine scharfen Angriffe gegen die Reichswehr mehr

zu richten, da am Donnerstag neue Tatsachen bekannt geworden seien. (Große Bewegung im ganzen Saale.) Danach erschien die von Meier getriggerte Notiz „Entspannung in Sachsen“. Das soll beiseite sein heimtückischer Angriff gegen Zeigner sein. Zeigner hat in diesem Falle wahrscheinlich sehr vernünftig gehandelt. Er wird schon seine Gründe gehabt haben. Ich habe das nur angeführt, um zu zeigen, daß ein Blatt wie der „Vorwärts“ nicht ohne jede Hemmung schreiben kann. Leider ist der Plan eines Berliner Lokalblattes heute rein akademischer Natur. Bei den wirtschaftlichen Verhältnissen ist die Schaffung dieses zweiten Blattes einstweilen unmöglich geworden. Wie der zweite „Vorwärts“-Konflikt verlaufen ist, wie er nicht nur zur Spaltung, sondern auch zum blutigen Bruderkrieg geführt hat, will ich nicht ausführen. Ich glaube, daß wir an derartigen Konflikten ein für allemal genug haben. Ich möchte Sie aber bitten, sich die Frage vorzulegen: Ist es möglich, daß der Parteivorstand auf das Zentralorgan zugunsten der Berliner Genossen verzichten kann? Das ist nicht möglich. Eine Partei ohne Parteivorstand ist ein Kumpf ohne Kopf. So habe ich sieben Jahre lang im Sinne der Gesamtpartei gewirkt, wie es meiner Ueberzeugung entsprach. Als ich 1910 gegen die

Unterzeichnung des Friedens von Versailles

eintrat, legte ich mein Amt nieder, obwohl der Parteivorstand mich ersuchte, es zu behalten. Ich nahm es, dem Wunsch der Instanzen entsprechend, wieder auf, als diese Streitfrage der Geschichte angehört. So muß man handeln, wenn es sich um große Fragen dreht. Handelt es sich nicht um so große Dinge, so steht man einen Pfad zurück und übt Disziplin. Das ist in manchen Fragen so gegangen, auch in einem kritischen Augenblick der großen Koalition. Ich hatte geschrieben, das Experiment sei endgültig mißglückt, denn auch ich hatte gefühlsmäßig noch der Geschichte übergeben. Die Fraktion hat sich aber die Sache noch einmal überlegt, sie sah die ungeheure Gefahr eines vollständigen Bruches. Auch ich habe mich überzeugen lassen, daß die Partei so handeln mußte, wie sie handelte und habe das Blatt in diesem Sinne weitergeführt. Die Redaktion muß das Blatt führen als geistiges Eigentum der Partei, das ihr zu treuen Händen übergeben ist, kann sie das nicht mehr, so muß sie zurücktreten. Das Blatt kann aber nicht zwei Meinungen zugleich vertreten. Diskussionen über parteiinterne Fragen sind manchmal ein notwendiges Übel, aber immer ein Übel. Die große Masse der Arbeiterleser interessiert sich nicht für Einzelheiten tatsächlicher Streitfragen, sie gewinnt höchstens den Eindruck, daß da Leute sitzen, die selber nicht wissen, was sie wollen. (Zustimmung.) Als ein Musterblatt betrachte ich die Wiener „Arbeiterzeitung“. Sie hat in den Jahrzehnten ihres Bestehens keinen einzigen Diskussionsartikel veröffentlicht. Dort wird aller Streitfreundschaftlich im Kammertein ausgetragen und man marschiert in der Öffentlichkeit auf einer Linie.

Es bleibt mir noch übrig zu sagen, warum ich in der Grundeinstellung mit der Gesamtpolitik der Partei einverstanden bin. Dafür sind zwei Gründe entscheidend. Der erste liegt in der Erkenntnis, daß wir seit dem Kriege in total veränderten Verhältnissen leben, deren Bedeutung vielen noch gar nicht bewußt geworden ist.

Das deutsche Volk ist heute ein unterdrücktes Volk.

Als Sozialdemokrat und als Deutscher stehe ich mit meinem ganzen Herzen auf der Seite dieses unterdrückten Volkes. (Bravo!) Ich betrachte es als eine der größten Katastrophen der Kulturgeschichte und der Arbeiterbewegung, daß Deutschland in den Zustand hineingeraten ist, in dem es sich heute befindet. Wenn jetzt der Hunger durch die Straßen schreit, wenn selbst das Licht des geistigen Lebens zu erlöschen droht, dann trägt der Mechanismus der kapitalistischen Gesellschaft als Ganzes sein gerichtetes Maß von Schuld daran. Aber so entsetzlich wie in Deutschland liegen die Dinge in keinem anderen Bande der Welt. Die deutschen Arbeiter sind die Varia der Welt geworden, und sie sind es, weil wir ein unterdrücktes Volk geworden sind. (Zurufe: „Das ist falsch!“ „Nein, nein, richtig!“ und andere.) Überbar sind die Fragen, die uns quälen, nur aus der auswärtigen Politik heraus. Und darum müßten wir in die Regierung wieder eintreten um unseren Einfluß nach dieser Richtung hin geltend zu machen. Der Versuch ist gemacht worden, er ist fürs erste mißglückt, aber er muß fortgesetzt werden. Es hat sich erwiesen, mit recht ist damals hatte, als ich am 1. August im „Vorwärts“ schrieb: „Die Kapitulation bringt kein Brot und keine Räumung des Ruhrreviers.“ Das ist wortwörtlich eingetroffen, und wenn der Genosse Otto Meier vorhin gelogt hat, man hätte mit der Kapitulation gar nicht früh genug anfangen können, so sage ich: Bei solchen Dingen kommt mir die Kapitulation nicht spät genug. (Große Unruhe.) Genossen,

man muß doch erst kämpfen!

Man hat mir zugerufen, womit wir denn kämpfen sollten. In einer Verammlung von Arbeitern hätte ich eine solche Frage nicht ermortet. (Sehr richtig!) Wir haben immer mit der Waffe der Arbeiterschaft gegen unsere eigenen Kapitalisten gekämpft und wenn wir im Kampf gegen unsere eigenen Kapitalisten erliegen sind, haben wir nicht geflohen, wir haben überhaupt gekämpft haben. Da liegt es nun: Kann der deutsche Arbeiter den französischen Kapitalismus besser behandeln wollen als den deutschen? Zweifeln aber: Nach meiner Ueberzeugung ist die Arbeiterbewegung

In der ganzen Welt in die Defensive gedrängt, vor allem in Frankreich. Dort ist der Einfluß der sozialistischen Arbeiterbewegung gleich Null. Wenn ich die Möglichkeit sehe, daß in Deutschland und Frankreich gleichzeitig die Diktatur des Proletariats errichtet werden könnte, und daß diese beiden Regierungen miteinander einen gerechten deutsch-französischen Frieden schließen, dann wäre ich für diesen Preis bereit, alle demokratischen Grundzüge, die ich seit 30 Jahren vertreten habe, preiszugeben, und zunächst für die Diktatur zu kämpfen. (Bewegung und sehr richtig.) Aber, wo ist diese Möglichkeit? Wo bleibt die Hilfe der französischen Kommunisten? Sie können uns nicht helfen. Einen Vorwurf mache ich ihnen daraus nicht, aber daraus mache ich ihnen einen Vorwurf, daß sie die sozialistische Organisation zertrümmert haben, so daß diese auch nichts mehr vermag. (Zustimmung.) Die Reaktion marschiert in verschiedenen Formen: in Sachsen, in Bayern überall. Wir haben auf

Die Dinge in Sachsen und in Bayern

im Sinne unserer Auffassungen einzuwirken gesucht, indem wir Bayern gegenüber zur Aktivität gedrängt und den Ueberreifer gegenüber Sachsen gebremst haben. Unserem Wunsch, gegen den bayerischen Separatismus energisch vorzugehen, wurde nicht entsprochen, und so kam es zur bayerischen Rebellion. Bayern wird dem Reich solange entfremdet bleiben, bis die bayerischen Arbeiter und die Arbeiter der übrigen Länder es zum Reich zurückholen werden. Ich hoffe, das wird bald geschehen. In Sachsen haben wir es nicht für notwendig gehalten, daß auf dumme Reden kommunistischer Minister dumme Antworten eines Reichswehrgenerals erfolgen. Ich glaube, man soll aufpassen, was nun die Reichswehr in Westfalen wirklich tun wird. Ihre richtige Aufgabe ist dort und im Süden Thüringens zu wachen, daß nicht die völkischen bayerischen Banden über die Grenzen kommen. (Zustimmung und Unruhe.) Jetzt heißt es:

alles einzusehen für die Wiederherstellung der einheitlichen deutschen Republik.

Dazu müssen auch die Kräfte Sachsens und Thüringens eingespannt werden. Dann ist es aber auch notwendig, daß es unseren Genossen dort gelingt, die Kommunisten daran zu hindern, Anflug anzurichten. Wenn erst ein paar kommunistische Ministerkabinette verabschiedet sein werden, wird sich mit ihnen vernünftig reden lassen. Aber heute sind sie noch nicht so weit. Das Schlimmste an dem Zustand der Kommunisten ist heute, daß sie selber nicht wissen, was sie wollen. Sie schwanken

zwischen Ministerialismus und Revolutionsplekerei

hin und her. Sie sind stark in Druck geraten, seit der Sowjetregierung ein Geschäftsabstand mit Entschiedenheit als eine Reuenauffassung des mitteleuropäischen Aufstandes und seit sie den Handelstil der „Frankfurter Zeitung“ heftiger fest als die Zeitartikel der „Neuen Jähne“ (Heiterkeit und Zustimmung.) Wenn es hier Genossen gibt, die mit diesen gesunkenen und treulosen Bundesgenossen Arm in Arm die Welt erobern wollen, dann beneide ich sie um diese Illusion, aber ich beneide sie nicht um das blutige Erwachen. Wachen Sie, daß es in Sachsen und Thüringen kommunistische Minister geben könnte, wenn in der Reichsregierung nicht Sozialisten wären? (Zustimmung und Widerspruch.) Ich sage Ihnen, in dem Augenblick, wo die Koalition im Reich und in Preußen zerbricht, werden die kommunistischen Minister in Sachsen und Thüringen in weitem Bogen herunterfallen, weil dann nicht mehr die Geschmähigkeit, sondern die brutale Rechtsdiktatur regieren wird. So ist der wirkliche Zusammenhang der Dinge. Ich brauche nicht zu sagen, daß die große Koalition für mich nie ein Ideal gewesen ist, sie ist es jetzt weniger denn je. Aber wenn wir wissen, daß die Reaktion kein anderes Ziel kennt, als die sozialistischen Minister herauszujagen, dann wäre ein freiwilliges Herausgehen aus der Koalition unter Umständen sowohl wie ein Davonslaufen vor dem Feinde.

In diesem Zusammenhange bitte ich Sie, die Anträge noch einmal zu überlegen, die zur Entscheidung stehen. Sie wissen, daß ihre Annahme eine unmittelbare Wirkung nicht haben kann. Werden hier aber die Anträge angenommen, ohne daß sie eine gemeinsame Billigung der Instanzen finden, was haben Sie dann erreicht? Dann haben Sie nichts erreicht als eine schwere Parteischädigung. Wie wollen Sie für das Blatt agitieren (große Unruhe), wenn hier solche Anträge angenommen werden? Dem wird doch nichts anderes erreicht, als daß die Parteizentrale rütti und den Gegnern Waffen in die Hände gegeben werden. Aus diesem Grunde — nicht aus persönlichen Beweggründen —, weil es in diesem Augenblick um alles geht, weil Einigkeit und Geschlossenheit der Partei jetzt notwendiger sind denn je, empfehle ich die Ablehnung dieser Anträge. (Beifall.)

Genosse Thraue: Stämpfer hat hier seinen Standpunkt klar begründet, der dem unteren Diktator gegenübersteht, und dafür müßten wir ihm dankbar sein. Ich gebe ihm recht, daß er die Meinung des Parteivorstandes vertreten muß. Ich bin aber im Gegenteil der Ansicht, daß die äußere Politik eine Folge der inneren ist, denn die Reparationsleistungen, die wir gezahlt haben, sind zum Teil in die Taschen der Kapitalisten geflossen. Unverständlich ist, wie die „Vorwärts“-Redaktion einen Fall Zeigner konstruieren konnte. Wenn wir die Meinungsäußerungen unserer Parteigenossen im Lande hören und lesen, so müssen wir zu der Ueberzeugung kommen, daß der „Vorwärts“ auch nicht die Meinung der Gesamtpartei vertritt. (Zuruf: Das ist ja nicht wahr! und Unruhe.) Und darum sage ich, daß der Parteivorstand die Verpflichtung hat, der Meinung der Masse mehr Rechnung zu tragen und die politische Redaktion des „Vorwärts“ dementsprechend zu befehlen.

Genosse Saenger-München: Es gibt heute nur eine Kernfrage: Wie ist die Einheit des Reiches zu erhalten?

Meine Ausführungen heute mögen ein Symbol dafür sein, daß trotz aller Warnschaften der Süden und der Norden zusammengehören sollen. (Beifall.) Hinter der Frage der Einheit des Reiches müßten alle internen Auseinandersetzungen der Partei zurücktreten. Die Krone der Einheit des Reiches ist 1870/71 zum erstenmal, 1918 zum zweitenmal und sie wird in diesen Tagen zum drittenmal erschaffen. Und wenn es jetzt nicht gelingt, die deutschen Völker zusammenzuhalten, dann — Lebend! — Deutschland, nicht nur für ein, sondern für mehrere Menschenalter. Was sich jetzt in Bayern abspielt, kommt nicht für den Ueberreifer, der die letzten drei Jahre der politischen Entwicklung übersehen kann. Es ist selbstverständlich, daß ein dreijähriger Kampf gegen die Weimarer Verfassung und gegen die Republik einmüde zu einem Kampf Bayerns gegen das Reich führen müßte. Der Redner schildert, wie sich auch in früheren Jahren die bayerischen Behörden abblenden zum Kaiserreich verhalten haben, wie es 1895 erst eines Entschlusses bedurfte, um in München die Fahne des Kaiserreiches hissen zu lassen. Heute aber gilt der Kampf Bayerns vor allem der Staatsform, der Republik. Der Redner schildert das Verhalten der bayerischen Volkspartei, insbesondere des Dr. Heim, deren Politik auf die Bestreitung Bayerns zum Reich und den Anschluß des katholischen Österreichs hinausläuft. Wohl, so führt er fort, sind sozialistische Parteimitglieder verhaftet, sozialistische Abgeordnete auf den Bahnhöfen abgefangen worden, aber gegen diese offen betriebenen Verrat ist die bayerische Regierung nicht aufgetreten. Heute hat Bayern den Schritt vollzogen, sich vom Reich zu lösen, heute herrscht in Bayern das Schlagwort: Der Kampf gegen den Marxismus. Marxistinnen sind die, die während des Krieges die größten Opfer für Deutschland gebracht haben, es sind die, die während des Ruhrkampfes am eifrigsten gekämpft haben, es sind die, die die Fäden der Regierung in die Hand nahmen, als die anderen davonsaßen, es sind die, die da wünschten, daß die Befehlshaber Steuern zahlen. (Zustimmung.) Was immer die bayerische Regierung zu ihrer Entschädigung anführen möge, was sie jetzt tut, ist

ein Treubruch, den dergleichen die Geschichte noch nie gesehen hat.

(Beifall.) Heute ist es Preußen, auf das wir mit Hoffnung blicken, denn seine Politik ruht auf den Schultern der arbeitenden

Massen in den großen deutschen Industriezentren. Unsere Aufgabe in Bayern wird es sein, daß wir die Fahne des Reiches hochhalten, daß wir eintreten in den Kampf für die Republik auf dem Boden des Gesetzes und der Verfassung. Ich spreche mein Bedauern aus, daß wir in Bayern viel zu früh, im März 1920, aus der Staatsregierung ausgeschieden sind. Es war ein Fehler, daß die Regierung Hoffmann damals verschwand. (Sehr richtig.) Mein politisches Gefühl sagt mir, daß am Ende des jetzt von Bayern entzündeten Kampfes diejenigen stehen werden, die den Gedanken der Treue zum Reich aufrecht erhalten haben. (Beifall.) Bayern hat einen ungehörigen General gestützt in dem Augenblick, wo gerade bayerische Regierungskreise nicht genug von der Autorität des Staates reden konnten. Sie hat sich zu einem freibewegenden und seinen Eid brechenden General begeben. Zwei Fragen sind wesentlich: Wie gelingt es uns, den wahnwitzigen Imperialismus Frankreichs zu brechen, wie gelingt es uns, und es muß gelingen, die Einheit des Reiches zu bewahren. Nach dieser Richtung hin müssen wir arbeiten. Wir werden in Bayern nicht erlauben, den Kampf für die Republik zu führen. Ich glaube, daß in diesen Tagen die Arbeiterschaft sich aus innerer Ueberzeugung an das alte große ewig wahre Wort Passalles erinnern wird, daß die Kirche der Zukunft nur errichtet werden kann auf dem Fels der Arbeiterschaft. Glückauf zu ihrem Kampf für die Einheit des Reiches, Glückauf für den Bestand der Republik. (Beifall.)

Der Vorsitzende Genosse Künzler dankte dem Redner und erklärte, daß trotz aller Meinungsverschiedenheiten niemand daran denkt, an der Einheit der Partei zu rütteln, und daß die Berliner Genossen den Genossen in Bayern allezeit die Treue halten werden. Genosse Stämpfer: Ich glaube, daß ich mich nach den erhebenden Worten des Genossen Saenger kurz fassen kann. Ich möchte nur bemerken, daß die Notiz, die überschrieben war „Der Fall Zeigner“, und die der Genosse Thraue rügte, durchaus parteiunabhängig war. Der Parteivorstand mußte zu den Behauptungen des Genossen Zeigner, die sich auf innere politische Parteiangelegenheiten bezogen, Stellung nehmen. Wir stehen vor schwerem ersten Dinnem. Genosse Künzler hat gesagt, daß die Einheit der Partei wahren wollen. Ich sage Ihnen, Sie dienen der Einheit der Partei schlecht, wenn Sie jetzt Anträge annehmen, die die Partei und ihre Organisation vor der Öffentlichkeit diskreditieren.

Hierauf wurde

folgende Resolution

angenommen:

Angeht die offene Rebellion der bayerischen Regierung gegen das Reich erachtet es der Bezirksparteiorg. der DSDP, Berlins für unerträglich, daß die republikanische Bevölkerung im übrigen Deutschland noch weiterhin mit militärischer Gewalt unterdrückt wird. Insbesondere muß die gegen die sächsische Arbeiterschaft eingeleitete Reichswehraktion auf das entschiedenste mißbilligt werden.

Der Bezirksparteiorg. fordert deshalb vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion, unverzüglich die Aufhebung des Ausnahmezustandes herbeizuführen. Im Falle einer Ablehnung dieses Verlangens durch die bürgerlichen Koalitionsparteien sind die sozialistischen Minister sofort aus der Regierung zurückzuführen.

Der Bezirksparteiorg. wolle beschließen, die Schreibweise des „Vorwärts“ im Sinne des Proletariats zu ändern und die Chefredaktion einem Genossen zu übertragen, der unter Zentralorgan zu einer scharfen geistigen Waffe im Interesse des proletarischen Kampfes auszubilden ist.

Um die Berliner Parteigenossenschaft hinreichend über die politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen zu unterrichten, soll künftig im „Vorwärts“ nicht nur die Meinung der Mehrheit des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion vertreten werden, sondern auch die der Minderheiten bei den Körperschaften und die überwiegende Mehrheit der Groß-Berliner Mitgliedschaft hinreichend zu Worte kommen.

Eine weitere Resolution fordert angesichts der herabwürdigen Rolle der Finanzierung der Volkswirtschaft nicht überweisend der freiwilligen Wohltätigkeit zu übertragen, sondern durch Heranziehung von Zwangsabgaben der Landwirtschaft und Grundrentnern zwangsläufig sicherzustellen.

Schließlich gelangte noch eine Resolution zur Annahme, die die Aufhebung eines Teils der Demobilisationsverordnung an demgemäß und scharf gegen die ungeheure Brotvermehrung Stellung nimmt.

Genosse Künzler teilte dann mit, daß die Kommunisten an die Parteigenossen verschiedenermaßen herangetreten seien, um mit ihnen irgendwelche Abmachungen zu treffen. Für Berlin gilt nur das, was die Zentralvorstände miteinander abgemacht haben. Kreise und Abteilungen haben nicht das Recht, selbständige Verhandlungen zu pflegen.

Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde der Berliner Bezirksparteiorg. geschlossen.

Erklärung.

Der bisherige Vorsitzende der Pressekommission, Genosse Draemert, schreibt uns:

Durch den vorzigen Schluß der gestrigen Diskussion wurde mir das Wort abgeschnitten. Meinem Antrage, mich außer der Reihe für die Pressekommission eine Erklärung abgeben zu lassen, wurde nicht stattgegeben. Somit war ich verhindert, auf die Gründe hinzuweisen, welche die bisherige Mehrheit der P.K. zu dem Entschluß gebracht hatten, die Anträge bezüglich der Redaktion abzulehnen. Einer schweren Schädigung des Blattes und damit auch der Partei, die ich durch meine Ausführungen einzubringen hoffen durfte, muß ich nun freien Lauf lassen und mich auf Abgabe dieser Erklärung beschränken, da eine öffentliche Vorlesung aller Einzelheiten geeignet sein könnte, das Gegenteil meiner Absicht herbeizuführen. Persönlich jüde ich hinzu, daß ich den gestern vorgetragenen Standpunkt des Genossen Stämpfer teile.

Richard Draemert.

Die Lebensmittelversorgung in Gefahr.

Am Devisenmarkt steht das Barometer auf Sturm. Im Dreizehntage wurden heute vormittag bereits Kurse von mehr als 30, später bis 45 Milliarden Mark für den Dollar genannt bei anhaltend scharf steigender Tendenz. Nachdem die von den Agrariern erreichte Befreiung der Weltwirtschaft von allen Bindungen bereits das tägliche Brot zu einem Valutaartikel gemacht hat, bedroht die neue Marktkatastrophe das ganze Volk mit einem vollkommenen Verfall der Nahrungsmittelversorgung. Die panikartige Marktlage der Befreienden, die durch die unaufhaltsame Tätigkeit der Notenpresse noch gefördert wird, wird so zu einer Katastrophe für das ganze Volk.

Die Unterlassungssünden des Kabinetts Cuno, das viel zu spät und erst nach langem Drängen das Finanzproblem des Reiches in Angriff genommen hat, rächen sich jetzt. Aber alle Klagen über Vergangenes machen den hungrigen Magen nicht satt. Die Reichsregierung hat die Pflicht, den aus dem neuen Marktschurz erwachsenden Gefahren mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Unter allen Umständen muß die Regierung für die Aufrechterhaltung der Lebensmittelzufuhr sorgen. So wie sich die Dinge jetzt gestaltet haben, bleibt keine andere Möglichkeit als die Fortsetzung der öffentlichen Brotversorgung unter Heranziehung der vorhandenen Vorräte der Reichsgeldverleiher, die den Kommunistenverbänden zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Sicherstellung der Brotversorgung ist die dringendste Aufgabe bis zu dem Zeitpunkt, wo eine neue Währung eingeführt und am Warenmarkt eine Verabfolgung eingeleitet ist.

Nächst der Brot- muß die Kartoffelversorgung schleunigst organisiert werden. Im mindesten Falle muß durch die Fest-

setzung eines Höchstpreises für den Erzeuger in Goldmark die Möglichkeit beschleunigter Kartoffelbefeuerung der Großstädte gefördert werden. Angesichts der katastrophalen Bedrohung der Lebensmittelversorgung darf man vor der Anwendung zwangswirtschaftlicher Maßnahmen nicht zurückweichen, um den Notstand zu beheben. Es ist keine Minute mehr zu verlieren, wenn dem Volke neuer Hunger und panikartige Verzweiflung, dem Staat der Zusammenbruch erspart werden soll.

Ernährungsminister Graf Kanitz!

Zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird Graf Kanitz ernannt werden. Graf Kanitz, der Sohn des berühmten ostpreussischen deutschkonservativen Abgeordneten, gehörte der deutschnationalen Reichstagsfraktion an. Er hat dieser Tage seinen Austritt aus der deutschnationalen Partei und Reichstagsfraktion vollzogen und diesen Schritt dem Parteiführer Hergt mitgeteilt. Seinen Austritt hat er damit begründet, daß er die Obstruktion der deutschnationalen Fraktion gegen das Reichskabinett bei der heutigen schwierigen Lage des Reiches für nicht gerechtfertigt hielt.

Die österreichischen Wahlen.

Wien bleibt rot. — Zusammenbruch der Großdeutschen.

Wien, 22. Oktober. (WZ.) Zu den Nationalratswahlen waren die Gesamtergebnisse aus der Mehrzahl der Wahlkreise, besonders auch von Wien selbst, erst in den frühen Morgenstunden bekannt. Um 6 Uhr früh liegen die Resultate aus 22 von 25 Wahlkreisen vor. In diesen sind nach den bisherigen Feststellungen gewählt: 73 Christlich-Soziale, 54 Sozialdemokraten, 8 Großdeutsche (so nennen sich in Österreich die Deutschnationalen. Red. d. V.), der Reststimmenzählung sind vier Mandate vorbehalten.

In den sieben Wiener Wahlkreisen verteilen sich die Resultate auf 17 Christlich-Soziale, 27 Sozialdemokraten und 1 Großdeutschen.

In den Wiener Gemeinderat sind gewählt 78 Sozialdemokraten, 41 Christlich-Soziale, 1 Jüdisch-Nationaler; die übrigen Parteien, darunter die Großdeutschen, sind im Gemeinderat nicht mehr vertreten. Eine nennenswerte Veränderung gegenüber dem bisherigen Stärkeverhältnis im Gemeinderat ist infolgedessen eingetreten, als die Sozialdemokraten zwar ihre Herrschaft behielten, aber nicht mehr über die Zweidrittelmehrheit verfügten.

Auch und gerade in den Tagen, wo unter den vereinigten Schlägen der Franzosen und Belgier, der bayerischen und der rheinischen Separatisten das Gefüge des alten Deutschen Reiches zusammenzubröckeln droht, ist für uns Sozialdemokraten, gleichviel ob in Berlin oder in Wien, in Köln oder in Innsbruck, in München oder in Graz, die Republik Deutsch-Österreich ein Teil des großen deutschen Volkes, den nur höhere Siegergewalt im Bunde mit niedrigen Kirchturninteressen von seinem Mutterlande getrennt halten. Unter diesem Gesichtspunkt verfolgen wir die Neuwahlen zum österreichischen Nationalrat mit besonderem Interesse und freuen wir uns über den erfolgreichen Kampf, den unsere dortigen Genossen soeben bestanden haben.

Zur Erläuterung der vorstehenden Ergebnisse muß darauf hingewiesen werden, daß nach dem neuen Wahlgesez die Zahl der Mandate im Nationalrat von 183 auf 165 und im Wiener Gemeinderat von 165 auf 125 herabgesetzt wurde. Im letzten Nationalrat gab es 85 Christlich-Soziale, 69 Sozialdemokraten, 21 Großdeutsche, 7 Bauernbündler und den als „Demokrat“ in Wien gewählten Grafen Czernin. Wäre der neue Wahlmodus 1920 zur Anwendung gekommen, so würden sich die Mandate wie folgt verteilt haben: 77 Christlich-Soziale, 62 Sozialdemokraten, 20 Großdeutsche und 6 Bauernbündler. Für die Beurteilung der gestrigen Ergebnisse sind also nur letztere Zahlen maßgebend.

Das Hauptmerkmal der gestrigen Wahlen ist unbestreitbar die Katastrophe der (deutschnationalen) Großdeutschen, jener nationalistischen und antisemitischen Partei, die zwar für den Anschluß an Deutschland zu kämpfen vorgibt, in Wahrheit aber stets als Anhängel der anschlussgegnerischen Christlichsozialen operierte, wenn es gegen die Sozialdemokratie ging. Die Großdeutschen verdanken ihre Schwächung nicht zuletzt dem Abfall der Halentkruzierer, die sich zunächst, ähnlich wie die Völkischen im Deutschen Reichstag, von ihnen absonderten und im September d. J. in Salzburg auf Befehl Hitlers beschloßen, an den Wahlen nicht teilzunehmen, offenbar um ihre zahlenmäßige Schwäche zu verbergen.

Die Christlichsozialen haben sich, obwohl im Grunde auch Antisemiten, in diesem Kampfe von der gesamten „Judenpresse“ Wiens und der jüdischen Hochfinanz und Industrie unterstützen lassen. Ihre Wahlplattform war die durch den Bundeskanzler Prátor Seipel eingeleitete „Sanierung“, die bekanntlich durch den Völkerbund nur nach ausdrücklicher Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes durchgeführt wurde. Obwohl die bisherigen Erfolge dieser Sanierungsaktion z. T. unbestreitbar sind und verlockend erscheinen, hat die Christlichsoziale Partei nur wenig gewonnen und jedenfalls nicht auf Kosten der Sozialdemokraten, die allein die Fahne des Anschlussgedankens hochgehalten haben. Vielmehr hat unsere Partei sehr gut abgeschnitten und besonders in der roten Hochburg Wien ihren Bestand glänzend behauptet.

Ämtliche Devisenkurse.

	22. Oktober		20. Oktober	
	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs	Käufer (Geld) Kurs	Verkäufer (Brief) Kurs
1 Holländ. Gulden	15561000000	15630000000	4688300000	4681700000
1 arg. Pap. - Reis	12768000000	12832000000	8570300000	8589700000
1 Belg. Franc.	2084000000	2043000000	614460000	617540000
1 norweg. Krone	6144600000	6175400000	18458750000	18648250000
1 dänische Krone	6942800000	6977400000	2086770000	2097230000
1 schwed. Krone	10478760000	10526250000	3136140000	3151860000
1 finnische Mark	—	—	317205000	318795000
1 japan. Yen	—	—	6785500000	6814500000
1 italienisch Lira	1786515000	1798484000	588650000	541350000
1 Pfund Sterling	1955000000	1804500000	5886500000	5413500000
1 Dollar	39900000000	40100000000	11970000000	12030000000
1 franz. Franc.	2242130000	2353870000	712216000	715785000
1 brasil. Milreis	—	—	1097250000	1102750000
1 Schweiz. Franc.	7112175000	7147825000	2134550000	2145350000
1 spanische Pesta	5346600000	5378400000	1607970000	1616980000
1 Ost. Krone (gest.)	—	—	167580	168420
1 tschech. Krone	—	—	355509000	357291000
1 ungar. Krone	—	—	668825	761675
1 bulgar. Leva	—	—	118710000	116280000
1 jugosl. Dinar	—	—	141645000	142866000

